

Thatcherismus und die Conservative Party

Ambivalenzen und Widersprüche der parteipolitischen Basis eines neokonservativen Modellfalls

Josef Schmid

1. Einleitung

1. Politische Bedeutung und Basis des Thatcherismus

Die Regierungswechsel in Großbritannien (1979), in den USA (1980), in der Bundesrepublik Deutschland (1982) und in Frankreich (1986) stellen nicht nur eine Reihe von Wahlerfolgen bürgerlicher Parteien dar; sie markieren zugleich einen tiefgreifenden Bruch mit den etablierten Politikmustern der Nachkriegszeit. In Dahrendorfs (1983; 1979) bekannter Formulierung ist damit das "Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts" eingeleitet worden.

Auf das Scheitern der sozialdemokratisch-keynesianischen Krisenregulierung, das sich vor allem an hohen Raten von Arbeitslosigkeit und Inflation sowie an wirtschaftlichen Wachstumsschwächen festmachen läßt, reagieren die meisten der bürgerlichen Parteien in der westlichen Welt mit einer grundlegenden Änderung ihrer politischen Ideologie und Programmatik. Sie versuchen nicht mehr länger, mit einem "socialdemocratic minimum" (Katznelson 1978:86) auszukommen, d.h. mit einem geringeren Ausmaß an staatlichen Interventionen und Ausgaben als ihre sozialdemokratische Konkurrenz und damit als deren modifizierte Variante im Sinne eines "conservative socialism" (Lipset 1971) aufzutreten. Statt dessen erteilen sie an diesem Modell wohlfahrtsstaatlicher Politik eine prinzipielle Absage und entwickeln ein breit angelegtes Gegenprojekt, den sogenannten Neokonservatismus (Dubiel 1985, Fetscher 1983, Crouch 1987).

In diesem Zusammenhang kommt neben dem amerikanischen vor allem dem britischen

Fall eine modellhafte Rolle zu. Nicht nur wegen seiner frühen Etablierung, sondern auch wegen der Konsequenz und Härte mit der das neokonservative Programm seit nunmehr einem Jahrzehnt exekutiert wird, ist dieser zum Gegenstand einer wahren Literaturflut geworden'. Diese konzentriert sich besonders auf den Thatcherismus als das politische Programm einer Regierung, dessen Umsetzungsstrategien und materielle Folgewirkungen. Daneben wird das Phänomen in den historisch-gesellschaftlichen Kontext eingebettet und etwa auf den Niedergang der britischen Ökonomie zurückgeführt (z.B. Gamble 1983, Krieger 1986).

Modellhaft zugespitzt umfaßt Thatcherismus die folgenden charakteristischen Komponenten:

- Politisch: ein von wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben entlasteter Staat ("Minimalstaat", Nozick)
- Sozial: ein Angriff auf die Gewerkschaften und eine Umverteilung von unten nach oben ("Classwar Conservatism", Miliband)
- Institutionell: eine populistische Mobilisierung durch Bezug auf Werte, Normen und Ideen sowie 'strong leadership' (statt Interessengruppenkompromiß)
- Ökonomisch: eine Modernisierung der Wirtschaft durch den 'freien' Markt gemäß den wirtschaftstheoretischen Lehren von Hayek und Friedman.

Ein Aspekt, der hier behandelt werden soll, hat bislang jedoch nur wenig Aufmerksamkeit erweckt; die Tatsache nämlich, daß beachtliche Teile der Konservativen Partei und ihrer Wählerschaft mit den inhaltlichen Essentials nicht oder nur begrenzt übereinstimmen: "Auch im konservativen Lager wächst die Kritik an Margaret Thatchers rigorosem Kurs" (Die Zeit vom 27.5.1988). Zu den Opponenten zählen dabei Institutionen und Personenkreise, die früher zu den traditionellen Stützen der Konservativen gerechnet worden sind - etwa die anglikanische Kirche ("the Conservative party at prayer"), das Oberhaus und die Queen. Das folgende Umfrageergebnis (siehe Tabelle 5) veranschaulicht den Sachverhalt für die breite Bevölkerung. Die Mehrheit der konservativen Wähler bevorzugt demnach eine Politik, die einem wesentlichen Programmpunkt der Regierung Thatcher diametral

Als wichtige Monographien seien genannt Kayanagh_X9£7, Gamble 1983, Aaronovitch 1980 sowie das Themenheft Great Britain der Zeitschrift West European Politics (4/1983).

Tabelle 5: Aktuelle Umfrageergebnisse (nach Harris & Seidon 1988: VIII)

Prefer	Voting Intention per cent		
	Labour	Alliance	Conservative
Cut in taxes	4	2	9
Things left as they are	8	17	29
More government Services	84	79	57
Don't know	3	2	5

entgegensteht: Sie wollen mehr anstatt weniger Wohlfahrtsstaat.

2. Theoretische Problemstellung

Gemessen an klassischen wie an 'realistischen' Demokratiemodellen erscheint diese Situation paradox und unwahrscheinlich. Die ersteren sehen nämlich eine weitreichende Partizipation der Mitglieder vor, demzufolge deren Interessen und Vorstellungen die Programmatik und Politik der Partei bzw. der von ihr geführten Regierung bestimmen. Der zweite demokratietheoretische Ansatz basiert auf der Annahme, daß sich die Parteilührung am sogenannten Median-Wähler orientiert und deshalb einerseits relativ opportunistisch den Wählern attraktive politische Angebote unterbreitet und andererseits eine gemäßigte Politik verfolgt (Downs 1968). Dennoch spiegelt das eklatante Auseinanderklaffen von Wählerwillen und Regierungspolitik die britische Wirklichkeit wider; ja die Regierung Thatcher ist in drei Wahlen sogar - trotz des radikalen und unbeliebten Programms - im Amt bestätigt worden.

Auch neuere Ansätze eines "Autoritären Populismus" (Hall & Jacques 1983; Jessop u.a. 1984), die von einer Transformation der dominanten Ideologie und einem gesteuerten Wandel der politischen Einstellungen und Verhaltensmuster ausgehen, können dieses Problem kaum erklären. Sie scheitern an der erstaunlichen Persistenz wohlfahrtsstaatlicher

Tabelle 6: Umfrageergebnisse im Längsschnitt (aus Crewe & Searing 1980:376)

Support for Thatcherite Policy Positions, 1970-87 (%)

Issue	1970	1974	1979	1983	1987	Trend
Privatization of nationalized industry	33	24	40	42		1974-83, + 18
Death penalty	81	--	75	63	-	1970-83, -18
Abortion <gone too far>		43	44	32	--	1974-83, -11
Abortion (restrict)	41	42(1973)	36(1980)	--	--	1970-80, - 6
Pornography	--	64	66	64	--	1974-83, 0
Repatriation of immigrants	--	43	34		"	1974-79, - 9
Equal opportunities for blacks		27	30	20		1974-83, - 7
Trade Union power	73	81	82	74	--	1974-83, - 7
Illegitimacy of trade unions	29	33	41	28	25(1986)	1974-86, - 8
Prices vs. Jobs		60(1976)	65(1980)	27	24(1986)	1974-86, -46
Profits vs. taxes to create Jobs			74	61	53	1979-87, -21
Welfare benefits		34	50	20		1974-83, -14
Tax cuts vs. social Services	--	--	37	24	13	1979-87, -8

Orientierungen in der britischen Bevölkerung; teilweise verläuft die Entwicklung sogar den postulierten manipulativen Einflüssen des Thatcherismus entgegen, wie die Tabelle 6 zeigt. Um die Aufhellung dieses widersprüchlichen Sachverhaltes geht es im folgenden. Das Interesse ist dabei primär analytischer Natur, d.h. es werden keine neuen Daten zur Differenz von Einstellungs- und Verhaltensmustern zwischen Basis und Führung der Conservative Party erhoben und präsentiert; ebensowenig wird auf die praktizierten Regierungspolitiken eingegangen. Vielmehr soll kritisch an vorhandene Forschungen angeknüpft werden, die in der Nachfolge von Michels die Dominanz innerparteilicher Oligarchien hervorheben und damit den Einfluß der einfachen Mitglieder und Wähler erheblich relativieren.

In einem Standardwerk über die britischen Parteien betont zum Beispiel R. McKenzie (1964) eine solche einseitige Verteilung der Macht. Mit dem Verweis auf die 'Diktatur des Parteiführers' alleine läßt sich eine Politik, die sich von den Interessen und Meinungen der Basis abgelöst hat, aber nicht vollständig erklären. Denn es existieren weitere 'günstige' innerparteiliche Bedingungen dafür, und das Argument bedarf der Spezifikation und Modifikation. Ein solches Vorgehen konzentriert sich zudem auf die Machtfülle des Parteiführers, nachdem er gewählt worden ist. Auch werden konkrete Policies und damit die geschilderte Divergenz der Orientierungen von Basis und Führung bzw. praktizierter

Politiken nicht behandelt.

Deshalb wird dieses Argumentationssmuster durch organisationssoziologisch angeleitete Betrachtungen ergänzt, um Parteistrukturen und interne Entscheidungsmechanismen bei den britischen Konservativen als Verstärkermechanismen zu interpretieren. Ferner wird der weitere politisch - institutionelle Kontext berücksichtigt, besonders die restriktiven Auswirkungen des Wahl- und Parteiensystems. Schließlich wird eine bislang im Zusammenhang mit innerparteilichen Prozessen nicht verwendete Erklärung herangezogen, nämlich das sogenannte Ostrogorski-Paradoxon. Es handelt sich hier um ein Problem des kollektiven Handelns und Entscheidens, wonach deren (aggregierte) Ergebnisse mit den ursprünglichen individuellen Präferenzen auseinanderfallen können. Dies führt zur These, daß weniger die Stärke des Konservativen Parteiführers als die Schwäche potentieller Kritiker und Gegner; weniger ein inhaltliches politisches Mandat als spezifische Organisations- und Entscheidungsmuster sowie Restriktionen und Paradoxien der Wahlentscheidung die parteipolitische Dimension des Thatcherismus kennzeichnen.

II. Der Aufbau der Conservative Party

1. Formale und informelle Strukturen

Der Aufbau der Konservativen Partei Großbritanniens umfaßt im wesentlichen folgende Elemente:

- den Parteiführer
- die "Parliamentary Party"
- die (nationale) Parteibürokratie
- die "National Union".

Letztgenannte bezeichnet den Dachverband der Wahlkreisorganisationen und der Mitglieder; hier ist auch der jährliche Parteitag anzusiedeln.

Kennzeichnend für den Parteaufbau der britischen Konservativen sind drei Sachverhalte. Erstens die starke Trennung zwischen der Mitgliederorganisation auf der einen Seite und

der Parteibürokratie sowie der "Parliamentary Party" auf der anderen. Dabei stellt die Unterhausfraktion die eigentliche Partei dar, da der National Union keine politischen Funktionen zukommen (Blondel 1974:114ff.). Balfour wird - die heute noch weitgehend gültige - Formulierung zugeschrieben, daß er eher den Rat seines Kammerdieners als den eines Konservativen Parteitages annehmen würde (McKenzie 1964:82)².

Zum zweiten verfügt der Parteichef über eine äußerst starke Stellung, da er die führenden Positionen in der Parteibürokratie besetzt, ebenso die Mitglieder des Schattenkabinetts und die 'Whips', d.h. die Fraktionsgeschäftsführer, bestellt sowie die Inhalte der Politik bestimmt (klassisch hierzu McKenzie 1964:21,63,66). Wenn er als Premierminister amtiert, steigt seine Machtfülle zusätzlich an, da er in diesem Falle auf die Ressourcen des Staatsapparates zurückgreifen kann und beispielsweise über die Vergabe von Regierungämtern oder öffentlicher Mittel disziplinierend wirken kann. Verglichen mit den bundesdeutschen Verhältnissen fällt der Wechsel von der Opposition in die Regierung stärker ins Gewicht, da die Parteiorganisation und die Unterhausfraktion nur relativ schwach ausgestattet sind und zu (Vor-)Formulierung konkreter Policies nur begrenzt in der Lage sind³.

Aufgrund dieser formalen Kompetenzverteilung kommt J. Blondel (1974:114) zum Schluß, daß: "that **Organization** is an 'autocratic' **one** in the sense that **decisions** are **taken** by the leader of the party alone, at least in theory" *.

Die herausragende Stellung des Parteiführers wird zum Beispiel deutlich am Nominierungsprozeß; bis 1965 wird dieser nicht gewählt, sondern in geheimen Verhandlungen

Der geringe Stellenwert der einfachen Mitglieder wird auch daran ersichtlich, daß sich seit 1953 ihre Zahl mehr als halbiert hat, ohne daß in der Konservativen Partei von einer 'Mitglieder-Krise' die Rede ist (Daten nach Döring 1987:20).

Verglichen mit der CDU, die in der Bonner Zentrale 220 bis 250 Personen und insgesamt ca. 1250 Personen beschäftigt, verfügt die Conservative Party nur über 120 Mitarbeiter im Hauptquartier (Times 26.8.1987, Pinto-Duschinsky 1972). Ähnliche Relationen weisen die Ausstattungen von Parlamenten und Fraktionen in der Bundesrepublik und Großbritannien auf. Im übrigen wirken sich hier die Unterschiede zwischen einem Rede- und einem Arbeitsparlament aus.

Relativierungen dieses hierarchisch-autoritären Parteaufbaus verteten etwa Kavanagh 1985 und Norton 1987a, sowie Pinto-Duschinsky 1972.

führender Konservativer ausgesucht: "the leader emerged" (Finer 1980:79) und ist insofern auch keiner innerparteilichen Gruppierung verpflichtet. Erst seit 1965 wird er gewählt, und seit 1975 ist eine jährliche Wiederwahl eingeführt.

Drittens beherbergt die Konservative Partei unterschiedliche Strömungen, obwohl sie nach außen hin den Eindruck ausgeprägter Geschlossenheit und Loyalität zum jeweiligen Parteiführer erweckt. Greenleaf (1973:181) kennzeichnet die Geschichte der Partei als "a tension or interplay between two opposing tendencies, libertarianism and collectivism". Andere Autoren unterscheiden zwischen den "Whigs" und den "Tories" (Glickman) oder im neueren Sprachgebrauch zwischen "Wet" und "Dry" (Behrens). Die Haltung der Tories beschreibt der ehemalige konservative Premier Harold Macmillan als "a form of paternal socialism" (nach Glickman 1961:137)⁴. Dagegen vertreten die Whigs eine stärker wirtschaftsliberale Position (zur konservativen Nachkriegspolitik vgl. Harris 1972 und Beer 1969).

Zusätzlich zu diesen beiden 'Flügel'n, die wegen der geringen organisatorischen Verankerung als Tendencies bezeichnet werden, existiert eine starke Gruppe 'neutraler' Abgeordneter, die im Regelfall weitgehend unabhängig von politischen Inhalten dem Parteibzw. dem Regierungschef folgt (Rose 1974, King 1972, Seyd 1972). Schätzungen über die innerparteiliche Machtverteilung gehen davon aus, daß zur Zeit etwa 10-15% der Abgeordneten der "Tory"-Tendenz und ca. 20-25% der wirtschaftsliberalen Gruppe angehören (Riddell 1983:12).

Vor dem Hintergrund dieser innerparteilichen Strukturen sind nun die Wahl Margaret Thatchers zum Parteiführer und die aus dieser Position herrührenden Handlungsmöglichkeiten näher zu untersuchen.

Dies beinhaltet in den 50er und 60er Jahren die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaats - nicht nur der Sozialpolitik, sondern auch der Verstaatlichung des Gesundheitsdienstes (NHS), des Kohlebergbaus, einer keynesianischen Vollbeschäftigungspolitik bis hin zu Ansätzen einer globalen Wirtschaftsplanung (vgl. dazu Schmid 1984).

Tabelle 7: Die Organisationsstruktur der Konservativen Partei (aus Pinto-Duschinsky 1983:25)

Der Parteiführer			
Exekutivkomitee der Nationalen Union			Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzende der Parteiorganisation, des Conservative Central Office
jährlicher Parteitag der National Union	Zentralrat National Union	Die Konservativen im Unterhaus	
	Regionale Ausschüsse		12 regionale Büros
		Gewählte konservative Abgeordnete	
623 Wahlkreisverbände			Wahlkreisagenten
.....			
- = gewählt oder ernannt von			
-- = ernannt von			
... = gegenseitig verbunden			

2. Innerparteiliche Kräfteverhältnisse

Der Aufstieg Margaret Thatchers in das Amt des Parteiführers und der damit verbundene Kurswechsel der Partei hängen auf der einen Seite mit Veränderungen der Machtverteilung innerhalb der Conservative Party zusammen. So beginnt nach 1964 die 'Rechte' sich stärker zu organisieren: "Since 1970 it has become clear that a coherent and identifiable group has emerged within the parliamentary party whose attitudes merge on a range of issues" (Seyd 1980: 235). Dabei spielen der Monday Club und das von Keith Joseph und Margaret Thatcher gegründete Centre for Policy Studies und andere Institute eine wichtige

rolle (Seyd 1972,1980, Gamble 1974, Kavanagh 1987:80 ff.); ferner schwenkt mit dem Conservative Political Centre ein wichtiger Teil der Parteibürokratie auf einen wirtschaftsliberalen Kurs ein. Dieser Umschwung bleibt besonders für die wissenschaftliche Beratung und die innerparteiliche Politikformulierung nicht ohne Folgen (Patten 1980, Wolff 1978, Kavanagh 1981, Lehbruch u.a. 1988: 256-264).

Zum anderen vollzieht sich eine Verschiebung der sozialen Zusammensetzung der Führungsschicht der Partei; nicht mehr der alte Adel, sondern Berufspolitiker und eher mittelständische Geschäftsleute beginnen das Bild der Konservativen zu bestimmen (King 1981, Douglas 1983, Kavanagh 1987). Die Bedeutung dieser Entwicklungen liegt weniger in der Erhöhung der Zahl der Anhänger einer neokonservativen Politik; sie ist auch nur in geringem Umfang eingetreten (Norton 1987a: 31ff.). Wegen der oben geschilderten Gruppenstruktur in der Konservativen Partei sind auch keine massiven Veränderungen notwendig, um Mehrheitsverhältnisse zu kippen (s.u.).

Wichtig für die Niederlage von Edward Heath auf dem Parteitag 1975 sind jedoch auch situative Faktoren: Eine wachsende Unzufriedenheit mit seiner Politik und seinem Führungsstil, die sich schon in einem deutlichen Anstieg der Dissenting Votes im Unterhaus gezeigt haben (Norton 1978) und vor allem seine Niederlagen in den vorangegangenen Wahlen sowie der Mißerfolg in der Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften (Behrens 1980:22ff.). Insofern beruht die Wahl Margaret Thatchers zur Parteiführerin nicht zuletzt auch auf einer Negativ-Koalition der von Heath enttäuschten Abgeordneten und weniger auf einer positiven Bestätigung ihrer sachlichen Positionen.

3. Parteiinterne Entscheidungsmechanismen

Innerhalb der Konservativen Partei werden - vereinfacht dargestellt - Entscheidungen autokratisch vom Parteiführer getroffen (s.o) oder sie folgen dem (relativen) Mehrheitsprinzip. In diesem Fall spielt sich der Wettbewerb im wesentlichen nur in der einen Hälfte der Partei, nämlich zwischen den beiden 'Flügeln' ab. Schon eine Verschiebung um beispielsweise 10% kann auf diese Weise die innerparteilichen Kräfteverhältnisse umkehren, da die 'automatische Loyalität' der zweiten Parteihälfte dann solche Veränderungen erheblich verstärkt.

Das Phänomen der "consensus politics" oder präziser die "policy coincidence" (Smith 1979: XII) zwischen Labour und den Konservativen in den 50er und 60er Jahren hängt nicht zuletzt mit diesen innerparteilichen Mechanismen zusammen. Die 'Diktatur des Parteiführers' und die 'automatische Loyalität' einer großen Zahl von Abgeordneten im Rahmen des Mehrheitsprinzips als innerparteilichem Entscheidungsmuster bilden innerhalb der Conservative Party aber umgekehrt auch die institutionellen Durchsetzungsbedingungen für die 'Machtübernahme' Margaret Thatchers und den radikalen Kurswechsel der Partei seit dieser Zeit (Schmid 1984). Durch die Übernahme der Regierung bzw. des Amtes des Premierministers nach dem Wahlsieg 1979 ist ihre innerparteiliche Position zudem gestärkt worden.

Durch das Fehlen institutionalisierter Bindungen zu ihren gesellschaftlichen Umwelten verfügt die Conservative Party und ihre Führung ferner über ein relativ hohes Maß an Autonomie. Es bestehen weder nennenswerte organisatorisch fixierte Kontakte zu den gesellschaftlichen Interessengruppen (Jeger 1978, Grant 1980) oder eigene Vorfeldorganisationen, noch geht die Einbindung der Mitglieder wesentlich über die Motivation zur Stimmabgabe für die Partei hinaus. Auch bestehen im unitarischen politischen System Großbritanniens kaum innerparteilich relevante Machtressourcen unterhalb der nationalen Ebene; ganz im Unterschied zu den Landesverbänden - vor allem bei der CDU - im bundesrepublikanischen Föderalismus (vgl. dazu Schmid 1988a). Dadurch fällt die Rücksichtnahme auf partikulare Interessen bzw. deren Repräsentanten oder gar auf innerparteiliche Opponenten erheblich geringer aus als bei Parteien, die sich durch eine ausgeprägte Proporzmechanik auszeichnen.

Tabelle 8: Aktuelle Machtverteilung in der Conservative Party

Tories	Whigs	relative Mehrheit
10-15%	20-25%	
Neutrale		'verstärkte' Mehrheit
60-70%		
Parteiführer		Dominanz
Umwelt d. C.P.		Autonomie

Ein Entscheidungssystem, wie es in der Konservativen Partei anzutreffen ist, erlaubt es daher auch kleineren Gruppierungen, an die Macht zu gelangen. Und es führt zu einem hohen Maß an Strategiefähigkeit und Flexibilität, die sich allerdings hauptsächlich auf die Grundsätze der Politik beziehen. Umgekehrt zwingen nämlich die fehlenden institutionalisierten Verbindungen mit anderen politischen Organisationen und die knappen Ressourcen der Parteiorganisation zu einer stärkeren Orientierung auf Politics als auf Policies⁶. Da sich Wahlkämpfe wiederum stark auf die Person des Parteichefs konzentrieren, wird dessen Position erneut gestärkt.

f

Allerdings steht die Folgebereitschaft gegenüber dem Parteichef bzw. Premierminister unter dem Vorbehalt des wahlpolitischen Erfolgs, und sie bedarf der kontinuierlichen Pflege durch verschiedene Formen der Politikvermittlung. Diesem Umstand hat Frau Thatcher Rechnung getragen; in ihrer Amtszeit sind die Konsultationen mit den

Entsprechend der englischen Tradition entwickelt die Ministerialbürokratie aus den allgemein gehaltenen Wahlplattformen der nur mäßig mit Personal ausgestatteten Parteien die Vorschläge für konkrete Arbeitsprogramme und wirkt damit mäßigend auf die Politik der Regierungspartei ein (Stewart 1978, Gordon 1971, Ridley 1983). Ansonsten verhält sich die Bürokratie, trotz bekannter konservativer Neigungen (Miliband 1975:160ff.), neutral und die Trennung von Politiker- und Beamtenrolle ist relativ strikt (Douglas 1984:76). Eine geradezu verschwörungstheoretische Einschätzung der Verwaltung findet sich bei den radikalen Vertretern in der Konservativen und Labour Party (oder in der Satire 'Yes Minister'). Dies setzt sich in deren ablehnenden Haltung zur Wahlrechts- und Verfassungsreform fort, die ja schließlich auf die institutionelle Absicherung der 'Consensus Politics' hinauslaufen sollte (Faulhaber 1983) oder den Reformen der Verwaltung unter Thatcher (Lee 1980, Fry 1984).

Hinterbänklern der Unterhausfraktion intensiviert und die Beziehungen zwischen der Parteizentrale und den Wahlkreisorganisationen verbessert worden (Norton 1987a: 26ff.). In dieselbe Richtung zielen die Maßnahmen zur Effizienzsteigerung des Conservative Central Office und dessen Transformation in "the nerve centre of the Government's Propaganda machine" (Times vom 26.8.1987)'.

Die geschilderten Faktoren wirken sich nicht nur auf die (zweckabstrakte) Machtverteilung aus, sondern ebenfalls - und hier sogar deutlich stärker - auf den Aspekt der Politikinhalte. Nicht nur, daß sie radikale inhaltliche Kurswechsel ermöglichen; sie erlauben zugleich ihre relativ autonome Formulierung durch die Parteiführung. Und die traditionell schwach ausgeprägte fachliche Orientierung in Parteiprogrammen unterstützt die Kreuzzugs-Rhetorik und den populistischen Stil Thatchers sowie einfache Problemlösungsangebote, wie Monetarismus oder Law and Order.

III. Mehrheit und Minderheit im politischen System

1. Effekte des britischen Regierungssystems

Parteiinterne Strukturen und Prozesse stehen in einem engen Zusammenhang zum weiteren politischen Kontext eines Landes. Einer der schon erwähnten Faktoren stellt - besonders im Vergleich zur Bundesrepublik - die Differenz zwischen föderativen und unitarischen politischen Systemen dar. Der letztgenannte Typus unterliegt in weitaus geringerem Maße den Problemen und Folgen einer Politikverflechtung in Partei und Staat (Lehmbruch 1976, Scharpf 1985 und Schmid 1988a: 120ff.). Durch die Zentralisierung der Macht in beiden Institutionen entfallen die im Bundesstaat beobachtbaren Aushandlungs- und Kompromißzwänge.

Ein weiteres in diesem Zusammenhang wichtiges Merkmal ist die Struktur des Parteiensy-

Zum Führungsstil Thatchers siehe auch Burch 1983, Behrens 1980:46ff. und Bulpitt 1986.

stems und, eng mit diesem Aspekt verbunden, die Ausgestaltung des Wahlsystems (vgl. hierzu grundsätzlich Nohlen 1978 und 1986). In einem Vielparteiensystem sind in der Regel die politischen Distanzen zwischen benachbarten Parteien gering. Dies hat zur Folge, daß hier Wähler- und Mitgliederwanderungen einfacher vonstatten gehen, als in Fällen mit wenigen Parteien, zwischen denen relativ hohe politische Differenzen bestehen. Hier herrschen aufgrund der Stimmenzerspitterung auch Koalitionsregierungen vor, während (tendenzielle) Zweiparteiensysteme, wie Großbritannien, durch Alleinregierungen gekennzeichnet sind. Jedoch ist seit Beginn der 70er Jahre eine deutliche Abschwächung der traditionellen Parteiidentifikation festzustellen und "Voters begin to choose" (Rose & McAllister 1986; s.a. Sturm 1983, Döring 1987).

Diese Veränderungen im Wählerverhalten werden in ihren politischen Konsequenzen jedoch durch das Mehrheitswahlsystem abgeschwächt. Dieses Repräsentationsprinzip intendiert in erster Linie die Bildung einer Mehrheit und nimmt dafür Disproportionen zwischen Stimmen und Mandaten in Kauf. Gravierende Beispiele für das Auseinanderfallen der Anteile von Stimmen und Unterhaussitzen sind die Wahlergebnisse der Liberalen und der Sozialdemokraten. Ihre Allianz erhielt bei den Wahlen 1983 ein Viertel der Stimmen, aber nur 3,5% der Sitze; nach Schätzungen auf der Basis einer Verhältniswahl also rund 150 Mandate 'zu wenig' (Gamble 1983a: 91). Umgekehrt haben die Konservativen bei derselben Wahl zwar leichte Stimmenverluste hinnehmen müssen, aber trotzdem ihre parlamentarische Mehrheit erhöhen können'. Damit sind kleinere Parteien im britischen Wahlsystem deutlich benachteiligt; Stimmen zu ihren Gunsten fallen weitgehend unter den Tisch. In ähnlicher Weise senkt eine Zersplitterung der Opposition wie derzeit die Chancen eines Machtwechsels, da dem relativen Sieger der ganze Gewinn zufällt.

Für die Konservative Partei erweist sich dieses Verfahren in zweierlei Hinsicht als vorteilhaft: Zum einen verringert sich so die Wahrscheinlichkeit von Abwanderungen und zum anderen sind diese, selbst wenn sie eintreten, weitgehend folgenlos. Dadurch wird der parteiinterne Widerspruchs-Mechanismus (Hirschman 1970) ebenfalls ausgehöhlt und die

Ein weiterer Verzerrungseffekt ergibt sich aus der regionalen Konzentration der Konservativen auf den Süden des Landes. Dadurch werden Parteien, die gleichmäßig über das Land verteilt sind, benachteiligt.

Wähler und Mitglieder in eine passive Rolle gedrängt, die nach außen als Loyalität erscheint.

Schließlich trägt die Berücksichtigung historischer und politisch-kultureller Aspekte weiter zum Verständnis der gegenwärtigen Strukturen und etablierten Verhaltensweisen in der Konservativen Partei bei. Denn Organisationen sind immer geprägt durch die spezifischen Problemlagen und Lösungsmuster der Gründungssituation und den im Laufe der Zeit erfahrenen Lernprozessen (Stinchcombe 1965). Die Conservative Party verfügt über eine mehr als hundertjährige organisationsgeschichtliche Tradition, die eng mit der frühen Parlamentarisierung, Demokratisierung und politischen Kontinuität in Großbritannien verbunden ist, was sich damit ganz erheblich vom deutschen Fall unterscheidet. So hat zum Beispiel die Parlamentsfraktion den "political embryo" (Chambers) der Partei gebildet, die "landed interests" die soziale Basis der Konservativen dargestellt, und das Wahlrecht ist seit der ersten Wahlrechtsreform 1832 sukzessive ausgeweitet worden. Bis heute haben sich Elemente der "individuellen Repräsentationspartei" (S. Neumann) erhalten, etwa die ausgeprägte Parlamentszentriertheit, die soziale Herkunft der Politiker - die sich allerdings in den letzten Jahren verändert hat - oder die Rolle der Persönlichkeit in der Politik. Von der gesellschaftlichen Umwelt her werden diese Beharrungstendenzen verstärkt durch die relative Stabilität der britischen Sozialstruktur sowie der traditionsbetonten politischen Kultur des Landes (Dahrendorf 1982).

2. Das Ostrogorski-Paradoxon

Zur weiteren Erklärung des Phänomens, daß bei demokratischen Entscheidungsprozessen sachliche Minderheitspositionen trotzdem eine Mehrheit finden können, wird im folgenden auf das aus der Spieltheorie bekannte Ostrogorski-Paradoxon rekuriert. Diese analytischen Überlegungen, die sich auf individuelle Wahlakte beziehen, lassen sich dabei sowohl auf innerparteiliche als auch auf staatliche Wahlen anwenden. Das Konzept geht von folgendem Problem aus: "Even if every voter votes on the basis of issues, even if parties take clear views of every issue, even if the issues are independent of one another, even if no differences of intensity provoke 'minority rule' or 'logrolling', a compounded majority

may invert the views of simple majorities on every issue" (Rae & Daudt 1976:393).

Tabelle 9: Fiktives Beispiel eines Ostrogorski-Paradoxons (nach Rae & Daudt 1976)

Wählergruppe	Parteipräferenz nach Issues			gewählte Partei
	1	2	3	
A (20%)	R	B	B	B
B (20%)	B	R	B	B
C (20%)	B	B	R	B
D (40%)	R	R	R	R
Summe der Präferenzen f. Issues von Partei R:	60%	60%	60%	Stimmenanteil für Partei B: 60%

Wie so etwas funktioniert, sei an einem (fiktiven) Beispiel erläutert. Nehmen wir einmal an, daß zwei Parteien R und B miteinander konkurrieren, drei Issues die Wahlscheidung determinieren und die Wählerschaft in vier Gruppen mit unterschiedlichen Präferenzen (A B, C, D) aufgeteilt sei (siehe Tabelle 9). Das geschilderte Beispiel demonstriert, daß es durchaus möglich ist, eine Mehrheit bei Wahlen zu erringen, obwohl jeder von der Partei vertretene wahlrelevante Issue jeweils nur von einer Minderheit unterstützt wird

IV- Schluß

Wie eingangs ausgeführt, unterscheidet sich der Wille der derzeitigen Parteiführerin und die praktizierte Politik ihrer Regierung von den Mehrheiten in der konservativen Wählerschaft und der Bevölkerung zu spezifischen politischen Issues ganz erheblich. Von dem Phänomen, daß diese Ambivalenzen und Widersprüche der parteipolitischen Basis

Bei einer unendlich großen Anzahl von Issues reicht ein Viertel der Stimmen zum Mehrheitserwerb aus (Rae & Daudt 1976:394).

nicht wirksam werden, 'lebt' der Thatcherismus nicht zuletzt¹⁰.

Eine gängige Erklärung hierfür liefern Oligarchietheoreme, die sich auf die klassische Arbeit von Robert McKenzie berufen können. Derzufolge liegt eben alle Macht beim Parteiführer. Problematisch an einer solchen Begründung sind mehrere Punkte. Zum einen ist dieser Sachverhalt ein traditionelles Merkmal der britischen Konservativen und kein Spezifikum der Ära Thatcher. Im Gegenteil, unter ihrer Führung sind eher Dezentralisierungstendenzen feststellbar. Zum anderen setzt diese Erklärung nach der Wahl an und bezieht sich daher auf die Stabilitätsbedingungen einer derartigen Situation, ohne über ihre Entstehung Aufschluß zu geben. Schließlich werden diejenigen Faktoren, die die Position eines starken Parteichefs ermöglichen, nicht systematisch entfaltet und die Tatsache, daß "beneath the facade of unity there rages a battle for the heart and the soul of the Conservative Party" (New Statesman vom 5.10.1984) ignoriert.

Das Argument wird einer weniger starken Belastung ausgesetzt, wenn es in organisations- und entscheidungstheoretischer Hinsicht ergänzt wird. Eine solches Vorgehen nimmt Parteien als komplexe Organisationen ernst und sieht gerade in ihrer begrenzten Wirkung auf die Politik ein zu erklärendes Phänomen. Neben der unbestrittenen Tatsache der 'Diktatur des Parteiführers' existiert in der Conservative Party zusätzlich die eigentümliche Gruppierung in zwei rivalisierende Flügel und eine schweigende Mehrheit. Diese spezifische Form des innerparteilichen Wettbewerbs reduzierte einerseits die Schwellenwerte für den Erwerb der Macht und verstärkt andererseits die Möglichkeit ihres Gebrauchs durch die 'automatische Loyalität' der Gruppe der Neutralen. Die Wahrscheinlichkeit, auch ohne große inhaltliche Übereinstimmung mit der Anhängerschaft eine Mehrheit zu erringen, wird durch die mit dem Ostrogorski-Paradoxon beschriebenen Verzerrungen von aggregierten Mehrheitsentscheidungen verstärkt. Schließlich mangelt es durch den staatlichen Zentralismus und das Fehlen von parteiintern repräsentierten Interessengruppen ebenfalls an Zugriffsmöglichkeiten auf Ressourcen außerhalb der Kontrolle des Parteichefs, und die traditionelle Orientierung auf Wahlen stärkt dessen Position.

Parteiführer bleiben dann nicht nur im Amt, weil innerparteilich ihre herausragende

Dies galt im übrigen auch für den sogenannten Reaganismus (Navarro 1986).

Position satzungsmäßig gefestigt und habitualisiert ist. Sie sind dazu auch in der Lage, weil der Mechanismus der umgekehrten Mehrheiten ebenfalls bei staatlichen Wahlen eintreten kann und weil Parteien- und Wahlsystem kaum eine andere Wahl lassen, da im britischen Fall die Exit- und Voice-Optionen erheblich eingeschränkt sind. Insofern ist es also durchaus möglich, daß 'Außensteiter' wie Thatcher in demokratischen Verfahren zum Partei- bzw. Regierungschef gewählt werden, ohne damit gleichzeitig über ein inhaltliches Mandat zu verfügen. Dabei tritt ein Teil dieser 'Irrationalität', soweit er auf dem Ostrogorski-Paradoxon beruht, auf, obwohl es sich um rationale Wahlakte mit ausreichenden Informationen, stabilen Präferenzen und rationalen Entscheidungskriterien handelt. Das heißt, für eine solche Erklärung sind keine Annahmen über ideologische Manipulationen, Verzerrungen durch ungleiche Machtverteilungen oder verfälschende Wahlprozeduren notwendig.

Tabelle 10: Zusammenfassung der Argumentation

Zentralismus	Uahlorientierung		Dominanz des Thatcherismus
Pluralismus	Loyale Neutrale	Uahlparadoxon	ohne politisch-inhaltliche
Umweltauonomie	Exit-Restriktionen		Verankerung in der Mehrheit